



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

vor fünfzig Jahren stand Afrika im Mittelpunkt des weltweiten Interesses. Zahlreiche Kolonien erklärten im Jahr 1960 ihre Unabhängigkeit. Unter ihnen waren Kamerun, Togo, Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Niger, Mali, Senegal, Nigeria, Kongo, Sudan, Somalia und Madagaskar. In den Jahren danach geriet der afrikanische Kontinent international in die Konfliktlinien des Kalten Krieges, wurde damit zum Spielball der Weltmächte und auch zum Terrain internationaler Entwicklungszusammenarbeit.

Gleichwohl lässt die gewünschte wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung in weiten Teilen Afrikas immer noch auf sich warten. Während 1960 viele afrikanische Länder durchaus wohlhabender waren und damit bessere Ausgangsbedingungen hatten als die inzwischen erfolgreichen asiatischen Staaten, beträgt der Anteil Afrikas am Welthandel heute nur etwa ein Prozent.

In diesem Jahr findet die erste Fußballweltmeisterschaft auf afrikanischem Boden statt. Aber nicht nur deshalb steht Afrika erneut im Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit. Private Investoren haben den „schwarzen Kontinent“ für sich entdeckt. Trotz der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise gründen westliche Unternehmen in Afrika Tochtergesellschaften, und auch deutsche Anleger kaufen Firmen. Sie konkurrieren mit staatlichen Betrieben aus China, Indien und Russland, die sich in Afrika ansiedeln, um die Bodenschätze des Kontinents für die eigene Industrie zu akquirieren. Große und kleine Investoren engagieren sich über Fonds und Zertifikate

an lokalen Börsen. Überweisungen der steigenden Zahl afrikanischer Gastarbeiter im Ausland sind durch die Wirtschaftskrise zwar stark zurückgegangen, zählen aber in vielen Ländern noch immer als eine der Haupteinnahmequellen.

Im Jahr 2050 werden auf dem Kontinent fast zwei Milliarden Menschen leben, doppelt so viele wie 2010 und voraussichtlich mehr als in China. Dieses rasante Bevölkerungswachstum kann die Armut verschärfen, und zu Versorgungsengpässen führen. Gleichwohl könnte es aber auch einen enormen Markt mit einer wachsenden Mittelschicht entstehen lassen. Entwicklungszusammenarbeit erscheint vor diesen wirtschafts- und finanzpolitischen Entwicklungen als eine neue Herausforderung.

Grund für die zunehmenden Investitionen in Afrika sind nicht nur die weltweite Ressourcenknappheit. Auch positive politische und wirtschaftliche Entwicklungen der vergangenen Jahre auf dem afrikanischen Kontinent sind für das wachsende Interesse der Finanziers verantwortlich. Das Wirtschaftswachstum in Afrika südlich der Sahara liegt seit mehreren Jahren bei über fünf Prozent. Die Zeiten der hohen Inflation sind in den meisten Ländern vorüber. Zwischen 2006 und 2008 hat sich der afrikanische Export nach Asien verdoppelt und damit das afrikanische Wirtschaftswachstum angekurbelt, zumal die Rohstoffpreise weltweit gestiegen sind. Im Krisenjahr 2009 ist mit dem Verfall der Preise für Afrikas Exportgüter und dem Schrumpfen des Ausfuhrvolumens das Wachstum zurückgegangen. Als das globale Finanzsystem erstarbte, hatten insbesondere afrikanische Exporteure Probleme bei der Beschaffung der Kredite, mit denen sie zuvor ihre Transaktionen vorfinanzierten. Die Exporterlöse sanken und mit ihnen die Haupteinnahmequellen der Regierungen. Einige Ökonomen schätzen jedoch, dass bereits in diesem Jahr das Wirtschaftswachstum Afrikas wieder die vier Prozentmarke überschreiten könnte. Allerdings bedeuten Rohstoffe für viele Länder Afrikas bisher eher Fluch als Segen. Gerade die Einnahmen aus dem Öl fließen in vielen Staaten mehr in machterhaltende Vorhaben diktatorischer Regime als in entwicklungspolitische Maßnahmen.

Die Entwicklungen in Afrika sind ambivalent. Positiv zu vermerken ist, dass Afrika südlich der Sahara alles in allem sicherer geworden ist. Es gibt insgesamt weniger militärische Konflikte und die politischen Systeme haben in vielen Staaten

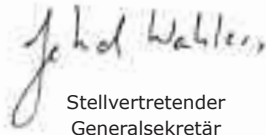
an Stabilität und Transparenz gewonnen. Ein friedlicher Machtwechsel nach einem knappen Wahlausgang wie in Ghana im Januar 2009 war früher undenkbar. Demokratische Entwicklungen wie die Durchführung von Wahlen werden in einigen Ländern Afrikas aber weiterhin von der Diskrepanz zwischen Form und Inhalt begleitet. Ein Beispiel der jüngeren Geschichte sind die im November 2009 abgehaltenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Namibia. Die Oppositionsparteien bezichtigten hier die Regierungspartei der substantiellen Wahlmanipulation und reichten eine offizielle Beschwerde vor dem obersten Gerichtshof mit der Forderung nach Neuwahlen ein. Eine Entscheidung des Gerichts steht noch aus. Würde es zu Neuwahlen kommen, wäre dies einmalig in der Geschichte Afrikas.

In der Elfenbeinküste sind nach sieben Wahlverschiebungen seit 2005 für Ende Februar / Anfang März 2010 die Präsidentschaftswahlen erneut geplant. Diese wären, in dem lange Zeit vom Bürgerkrieg geprägten Land, die ersten Präsidentschaftswahlen seit neun Jahren. Im Sudan, einschließlich der semi-autonomen Region Südsudan, sollen nach mehreren Verschiebungen im April 2010 ebenfalls Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abgehalten werden. Man wird sehen, ob dies tatsächlich eintritt. Kritisch ist die Entwicklung im Kongo: Dreieinhalb Jahre nach den Wahlen und der Verabschiedung der neuen Verfassung sind die Bürger enttäuscht über unerfüllte Versprechen einer politischen Elite, der vorgeworfen wird, sich selbst an den Rohstoffen des Landes zu bereichern. Die Gefahr besteht, dass die Bürger, die zweimal mit großer Euphorie zu den Wahlurnen strömten, sich endgültig von der jungen Demokratie abwenden.

Diese und andere Entwicklungen werden in dieser Ausgabe der KAS Auslandsinformationen ausführlich von unseren Auslandsmitarbeitern in Namibia, Westafrika, Uganda und der DR Kongo dargestellt.

Mit der internationalen Finanzkrise gehen auch die internationalen Entwicklungsgelder zurück. Denn selbst wenn Geberländer ihrer internationalen Verpflichtung weiterhin nachkommen, ihre Entwicklungsleistungen bis zum Jahr 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen, nimmt bei geringerem BNE auch der reale Wert der zur Verfügung gestellten Mittel ab. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in ihrem neuen Koalitionsvertrag dazu bekannt, trotz

der Finanzkrise die internationalen Verpflichtungen einzuhalten. Der Etat des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde für das Jahr 2010 um 67 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr aufgestockt. Denn um die Armut langfristig zu bekämpfen und sich auf dem Weltmarkt zu behaupten, braucht Afrika vor allem wirtschaftliche Entwicklung. Geldtransfer aus dem Ausland impliziert aber nicht automatisch Entwicklung. Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung betont daher die Förderung der Privatwirtschaft. Wachstum benötigt aber ordnungspolitische Rahmenbedingungen, in denen sich Entwicklung und Fortschritt nachhaltig entfalten können. Daher bleibt die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP heißt es hierzu: „Den politischen Stiftungen kommt dabei eine herausgehobene Funktion zu“. Denn es sind die politischen Rahmenbedingungen, die entscheidend determinieren, ob oder ob nicht Entwicklungen stattfinden können.



Jochen Wahlers
Stellvertretender
Generalsekretär